

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller\*in: Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV)  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

- 1 Die ohnehin hohe Gefahr eines großen Krieges im Mittleren Osten ist in den letzten Monaten  
2 nochmals zusätzlich gestiegen. Eines der Hauptprobleme ist dabei die Drohung Irans mit der  
3 Wiederaufnahme des Atomprogramms, das an seinem Ende zum Ausstieg aus dem NVV und zur  
4 atomaren Bewaffnung Irans führen könnte. In dieser Entwicklung droht ein militärisches  
5 Eingreifen zur Verhinderung dieses Zieles durch andere Staaten der Region und/oder durch die  
6 USA sowie die atomare Aufrüstung weiterer Staaten der Region.
- 7 Die letzte Eskalationsspirale im Konflikt zwischen den USA und Iran wurde durch den  
8 einseitigen Ausstieg der USA aus dem Iran-Nuklearabkommen (Joint Comprehensive Plan of  
9 Action, JCPOA) durch US-Präsident Trump im Mai 2018, während Iran alle vertraglichen  
10 Verpflichtungen nachweislich einhielt. Seit dem Ausstieg der USA wurden von US-Seite  
11 einseitig die Wiedereinführung und Verstärkung von nationalen Sanktionen beschlossen. Deren  
12 Ziel ist es, Iran – bisher ohne Erfolg – im Rahmen einer Politik des „maximalen Drucks“ zu  
13 weitreichenden Konzessionen in Hinblick auf sein ballistisches Raketenprogramm und sein  
14 regionales Verhalten sowie einem neuen allumfassenden Abkommen zu bewegen. Der Vertrag  
15 droht  
16 dadurch als zentrales rüstungskontrollpolitisches Instrument in seiner Gesamtheit zu  
17 scheitern.
- 18 Ein Ende des Iran-Nuklearabkommens würde nicht nur eine Katastrophe für die Region mit  
19 unüberschaubaren Konsequenzen einer möglichen Aufrüstungsspirale und eines nuklearen  
20 Wettrüstens bedeuten. Es würde auch ein fatales Signal der Unverlässlichkeit und damit  
21 Verhandlungs- und Vereinbarungsunfähigkeit an Staaten wie Nordkorea senden, welche durch  
22 diplomatischen und wirtschaftlichen Druck von ihrem Drang nach Atomwaffen abgebracht  
23 werden  
24 sollen. Wir fordern, dass die EU ein deutliches Gegengewicht zur Logik von Drohungen und  
25 Gegendrohungen setzt, welcher die Regierungen der USA und des Irans und weitere Akteure  
26 aktuell folgen. Diese Logik birgt eine enorme Gefahr für Fehlkalkulationen und eine  
27 Eigendynamik im schlimmsten Fall bis hin zum Krieg.
- 28 In seiner Resolution 2231<sup>[1]</sup> fordert der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen alle  
29 Mitgliedsstaaten auf, geeignete Maßnahmen zu ergreifen um die Umsetzung der Vereinbarung  
30 zu  
31 unterstützen und gleichzeitig Maßnahmen zu unterlassen, welche der Umsetzung der  
32 Verpflichtungen aus dem Iran-Nuklearabkommen entgegenstehen. Der einseitige Ausstieg der  
33 USA  
34 und die Verhängung unilateraler US-Sanktionen bewirken das Gegenteil.
- 35 Das Nuklearabkommen versprach Iran für eine Begrenzung seiner Nuklearaktivitäten  
36 Sanktionserleichterungen und damit einhergehende wirtschaftliche Entwicklung. Das ist

33 gescheitert, obwohl sich die anderen Parteien der Vereinbarung – Russland, China,  
34 Frankreich, Großbritannien und Deutschland – gegen die US-amerikanische Linie gestellt  
35 haben. Die Dominanz des US-Dollars im Welthandels- und Finanzsystem und die Bedeutung des  
36 US-Marktes für europäische Banken und Unternehmen versetzt die US-Regierung in  
übergriffiger

37 Art und Weise in der Lage, durch ihrer einseitigen Sanktionen nicht nur US-Unternehmen,  
38 sondern eben auch alle anderen – die irgendwelche Handels- oder Finanzbeziehungen mit US-  
39 Unternehmen haben – unter Druck zu setzen (Sekundärsanktionen).

40 Den europäischen Vertragspartnern fehlt erkennbar der politische Wille, aber auch die  
41 Handlungsmöglichkeit, sich der US-Regierung in diesem Punkt offen entgegen zu stellen. Alle  
42 bisherigen Versuche, die Sanktionen der USA abzumildern, sind durch den politischen und/oder  
43 wirtschaftlichen Druck der USA gescheitert.

44 Ein wesentlicher Lösungsansatz kann eine EU-europäische Initiative werden, den Ausbau der  
45 Erneuerbaren Energien durch staatlich abgesicherte, multilaterale Investitionsprogramme für  
46 Entwicklungsprojekte voranzutreiben. Der Ausbau der Energieversorgung wird unmittelbar der  
47 iranischen Bevölkerung zugutekommen. Im Gegenzug sollte der Iran auf die Nutzung der  
48 Atomenergie verzichten, womit ein verborgenes Atomwaffenprogramm in den Atomreaktoren  
49 unmöglich wird.

50 Wir schlagen daher vor, Iran zu einer 0%-Verzinsung die Geldmittel zur Verfügung zu  
51 stellen, um in wenigen Jahren seine Stromerzeugung zum größten Teil auf Wind-, PV-, Geo- und  
52 Solarthermie-Energie umzustellen. Die Forschungsgrundlagen des DESERTEC-Projekts werden  
Iran

53 dabei zur Verfügung gestellt, genauso wie eine für Iran kostenfreie Unterstützung durch  
54 Beratung und Planung. Eine weitflächige Vernetzung mit den Nachbarstaaten der Region ist  
55 anzustreben.

56 **Wir fordern die Bundesregierung auf, sich in der EU für eine solche Initiative  
einzusetzen**

57 **und Iran ein entsprechendes Angebot zu unterbreiten.**

58 Um die Problematik zu entschärfen und einer Lösung näher zu bringen fordern wir weiter, dass  
59 ...

60 • dass alle Maßnahmen der EU und der Bundesregierung auf eine Deeskalation im Konflikt  
61 zwischen USA und Iran ausgerichtet sind. Vor diesem Hintergrund lehnen wir die US-  
62 Militärmission „Sentinel“ in der Straße von Hormus und eine deutsche Beteiligung daran  
63 ab. Die Freiheit der internationalen Schifffahrt und die maritimen Handelswege stehen  
64 für uns nicht zur Disposition. Einem Einsatz der Bundeswehr im Persischen Golf werden  
65 wir nur im Rahmen einer völkerrechts- und grundgesetzkonformen Mission zustimmen.

66 • die Bundesregierung und die EU sich weiter im Rahmen der GASP (Gemeinsame Außen-  
und  
67 Sicherheitspolitik) zusammen mit den übrigen Parteien der Vereinbarung China und

- 68 Russland dafür einsetzen, die Wiener Nuklearvereinbarung als zentrales  
69 rüstungskontrollpolitisches Instrument zu bewahren.
- 70 • die Bundesregierung alle denkbaren Maßnahmen ergreift, um wirtschaftliche Aktivitäten,  
71 die nach europäischem Recht legal sind, abzusichern und den Handel mit Iran aufrecht  
72 zu erhalten.
- 73 • die EU mittelfristig geeignete Maßnahmen ergreift, um ihre Widerstandsfähigkeit gegen  
74 Sekundärsanktionen und damit ihre strategische Autonomie erhöht.
- 75 Um auf eine Entspannung in der Region hinzuarbeiten, sind Kommunikationskanäle und eine  
76 grundlegende Verständigung zwischen Washington und Teheran nötig. Wir erwarten daher von  
77 der  
78 Bundesregierung, dass sie auf die US-Regierung einwirkt, ein realistisches und glaubhaftes  
79 Angebot vorzulegen, welches die Interessenlagen Irans und anderer regionaler Akteure, allen  
80 voran Israel, berücksichtigt. Denn es ist klar, dass es nicht zu einer nachhaltigen  
81 Entspannung in der Region kommen wird, solange die unverminderte, aufs schärfste zu  
82 verurteilende Vernichtungsdrohungen gegen Israel durch die iranische Regierung fortbestehen  
83 und solange es keine Anerkennung des Existenzrechtes des Staates Israel durch Iran gibt.  
84 Gleichwohl lehnen wir auch die scharfe Rhetorik des israelischen Ministerpräsidenten  
85 Netanjahu ab, der die hochgefährliche konfrontative Haltung der USA gegenüber Iran  
86 unterstützt und immer wieder auch die Idee eines gezielten Militäreinsatzes schürt.
- 87 Klar ist außerdem: Die aktuellen Bemühungen zur Bewahrung der Wiener Nuklearvereinbarung  
88 dürfen keine Begründung dafür sein, dass sich die Bundesregierung bei der klaren Benennung  
89 der täglichen Verletzungen von Menschenrechten und rechtsstaatlichen Prinzipien durch das  
90 iranische Regime zurückhält.
- 91 Unsere Politik gegenüber Iran muss dabei auf einer Äquidistanz zu Saudi-Arabien und Iran  
92 basieren und die gesamte Subregion in den Blick mit seinen sicherheitspolitischen und  
93 wirtschaftlichen Fragen betrachten. Die bisherige Doppelstandard-Politik der Bundesregierung  
94 ist kontraproduktiv für eine erfolgreiche deutsche und EU-Politik in der Region.
- 95 Für einen ganzheitlichen Regionalansatz Iran kann aufgrund seiner Größe, geostrategischen  
96 Lage und Bevölkerungszahl und damit seiner regionalen Bedeutung nicht ignoriert werden, ist  
97 aber unter anderem aufgrund seiner Regionalpolitik, dem ballistischen Raketenprogramm, der  
98 feindseligen Haltung gegenüber Israel und der verheerenden Menschenrechtslage im Land ein  
99 problematischer Akteur. In einer zunehmend fragmentierten und von Krisen und Kriegen  
100 betroffenen Region ist Iran Teil des Problems, aber eben auch der Lösung.
- 101 Langfristig werden wir einen vertieften Dialog zwischen Iran, den Ländern des  
102 Golfkooperationsrats<sup>[2]</sup> und den weiteren Nachbarn in der Region fördern über regionale  
103 Konflikte und die Frage, wie ein Prozess hin zu einer regionalen Sicherheitsarchitektur  
104 gestaltet werden kann.
- 105 <sup>[1]</sup>[https://www.auswaertiges-  
108 amt.de/de/aussenpolitik/regionaleschwerpunkte/nahermittlererosten/wiener-  
109 nuklearvereinbarung-atomprogramm-iran/202458](https://www.auswaertiges-<br/>106 amt.de/de/aussenpolitik/regionaleschwerpunkte/nahermittlererosten/wiener-<br/>107 nuklearvereinbarung-atomprogramm-iran/202458)
- 110 <sup>[2]</sup><https://de.wikipedia.org/wiki/Golf-Kooperationsrat>: Kuwait, Bahrain, Saudi-Arabien,  
111 Katar, Vereinigte Arabische Emirate und Oman

## Begründung

Die Eskalationsspirale im Konflikt zwischen den USA und Iran, die durch den einseitigen Ausstieg der USA aus der Wiener Nuklearvereinbarung (JCPoA) durch US-Präsident Trump im Mai 2018 in Gang gesetzt wurde, dreht sich zunehmend weiter und droht den Vertrag als zentrales Rüstungskontrollpolitisches Instrument mit zusammenbrechen zu lassen, mit unvorhersehbaren Konsequenzen bis hin zu Krieg.

Iran profitiert nun nicht mehr wirtschaftlich von den internationalen Sanktionserleichterungen: Das Land kann kaum mehr Öl exportieren, europäische Unternehmen haben sich aus Angst vor US-Restriktionen zurückgezogen, der Handel ist eingebrochen, es gibt kaum mehr Finanzkanäle. Nicht einmal mehr Medikamente und humanitäre Güter können aufgrund von Selbstreglementierung und Übererfüllung von Unternehmen und fehlenden Bankverbindungen geliefert werden - auch wenn die Güter gar nicht von US-Sanktionen erfasst sind.

Deshalb unterlässt Iran die Erfüllung seiner nukleartechnischen Verpflichtungen, nachdem sich das Land laut Berichten der IAEA bis Juni vollumfänglich an diese gehalten hatte. Im Juni 2019 hat Iran, wie von der IAEA bestätigt - begonnen, Uran über die im Iran-Nuklearabkommen festgelegten Obergrenze anzureichern. Hiermit sollen die Unterzeichnerstaaten unter Druck gesetzt werden: Falls das Land nicht vom Iran-Nuklearabkommen wie vereinbart profitiere, sieht Teheran keinen Nutzen darin, sich weiter an den Vertrag zu halten, so die Botschaft. Die bisherigen iranischen Maßnahmen deutet aber daraufhin, dass man in Teheran weiter eine Verhandlungslösung anstrebt.

Der Umbau der iranischen Energieerzeugung wäre ein Win-Win-Effekt: Iran würde dadurch erhebliche Geldmittel sparen, die in die soziale Verbesserung der Bevölkerung eingesetzt werden könnten. Die Vernetzung mit den Nachbarstaaten wurde naturgemäß Spannungen mildern und künftigen Konflikten vorbeugen.

## weitere Antragsteller\*innen

Dirk Paul Finkeldey (KV Aurich-Norden); Hans-Josef Fell (KV Bad Kissingen); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Jürgen Janssen (KV Wesermarsch); Kerstin Dehne (KV München); Fritz Lothar Winkelhoch (KV Oberberg); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Ulrich Bock (KV Mayen-Koblenz); Uller Koenig (KV Vulkaneifel); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); René El-Saman (Bonn KV); Ingrid Bäumlner (KV Cochem-Zell); Ursula Hertel-Lenz (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Berti Furtner-Loleit (KV München); Ralph Urban (Herzogtum Lauenburg KV); Tabitha Elkins (Alzey-Worms KV); sowie 2 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.